

## Wieder Treffen am Ulrichsberg

Veranstalter wollen „unliebsame Besucher“ fernhalten

*Der Standard, 11.Sept.2012*

Klagenfurt – Die Ulrichsberggemeinschaft (UBG) veranstaltet am kommenden Sonntag wieder ihr umstrittenes Treffen am Ulrichsberg – diesmal jedoch soll „Ewiggestrigen“ und anderen „Störfaktoren“ der Zutritt erschwert werden: „Wir haben alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um unliebsame Besucher fernzuhalten“, sagte der neue UBG-Präsident Hermann Kandussi. Man werde als Veranstalter (in Zusammenarbeit mit der Exekutive) bei „entsprechenden Personen vom Wegweisungsrecht Gebrauch machen“. Die Straßen werden abgesichert, auch Autos können kontrolliert werden. „Ewiggestrige sollen fernbleiben“, sagt Kandussi.

Bei den Festansprachen, in denen die Redner „unseren Positionen widersprechen“, behalte sich der Veranstalter das Recht vor, dies vor Ort öffentlich zu „korrigieren“. Zwei Festredner soll es heuer geben. Namen wollte Kandussi keine nennen, nur so viel: Es seien „echte Heimkehrer“, keine Politiker.

800 bis 1000 Besucher erwarten sich die Veranstalter zum „Gedenken an alle Opfer der Kriege“ heuer – doppelt so viel wie im vergangenen Jahr. 2009 sagte man die Gedenkfeier ab, weil ein hochrangiges UBG-Mitglied im Internet mit Nazi-Devotionalien gehandelt haben soll. 2010 fand das Treffen beim Herzogstuhl in Maria Saal statt, 2011 im Klagenfurter Konzerthaus. Immer wieder waren bei den Treffen in den vergangenen Jahren auch Besucher aus der rechten Szene dabei.

„Wir werden alles dagegen tun, um solche Kreise – egal ob links oder rechts -, die den Ulrichsberg für sich vereinnahmen wollen, fernzuhalten“, sagte dazu UBG-Vizepräsident und Ex-FPÖ-Vizekanzler Herbert Haupt.

Das 2009 von Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) erlassene Teilnahme-Verbot für Bundesheer-Angehörige in Uniform gilt auch heuer noch – das hatte auch ein Brief von Kandussi an Darabos nicht ändern können.

Die Veranstaltung schlägt sich für die Veranstalter mit 17.900 Euro zu Buche – das Land Kärnten gewährt jährlich 11.000 Euro an Förderung, heuer wird man laut Kandussi damit aber nicht auskommen und hat beim zuständigen Landesrat Harald Dobernig (FPK) um weitere 8000 Euro angesucht. Eine Zu- oder Absage Dobernigs steht noch aus. (kali)